

## Apropos 46:

## Muss Kriegsverbrecher George W. Bush ins Zuchthaus?

Keimt neue Hoffnung aus den USA? Die Ära des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten George W. Bush, der – wie schon mehrfach dargelegt – als Kriegsverbrecher in die Geschichte eingehen wird, geht in wenigen Monaten zu Ende. Vor der Türe steht ein Mann, der «menschliche Integrität» verspricht und als Vertreter des «neuen» Washington (mit dem Slogan «Change» = Wandel) die Massen und Europa begeistert: Barack Obama, der Kandidat der Demokratischen Partei. Er wird bereits als «heilsamer Balsam» gegen die Mächte des Bösen gefeiert. Schön wär's! Im letzten *Apropos* wurde aber bereits darauf hingewiesen, dass der versprochene «Wandel» mit einigen alten Gewichten beschwert ist: Zu Obamas Team gehören viele «Insider», bewährte Schlachtrosse aus dem demokratischen Parteiapparat und der Clinton-Regierung (nun sogar Patti Solis Doyle, die frühere Wahlkampfmanagerin von Hillary Clinton). Ein besonderes Gewicht hat dabei Zbigniew Brzezinski, Jimmy Carters Nationaler Sicherheitsberater, der sozusagen Osama Bin Laden und die Taliban «erfunden» hat. Ein Schwergewicht ist auch Penny Pritzker aus Chicago; sie ist als Erbin des Hyatt-Hotel-Imperiums Multimilliardärin und fungiert als Kassenwartin. Nach Abschluss der Vorwahlen ist auch klar, dass Obama die knapp bezwungene Rivalin Hillary Clinton (der er das Etikett «altes Washington» verpasst hat) braucht, wenn er im November den republikanischen Konkurrenten John McCain besiegen und US-Präsident werden will. Denn er selbst hat zwar im «Probelauf» die meisten Staaten, die traditionell immer Demokraten wählen, gewonnen; Hillary Clinton hat aber in den sogenannten Swing-Staaten – die je nachdem einmal republikanisch und dann wieder demokratisch wählen und deshalb entscheidend sein können – obenaus geschwungen. Clinton, die sich im Vorwahlkampf nicht scheute, zu unappetitlichen «Bush-Methoden» zu greifen, kann also Bedingungen stellen. Wieviel «Wandel» da über die Rhetorik hinaus noch möglich ist, wird sich zeigen...

**Barack Obama und seine Widersprüche**

Inzwischen ist Barack Obama auch der Mann der Wirtschaft: «Wall Street setzt ihr Geld auf Obama. Die an der Börse notierten Unternehmen gehen von einem Sieg der Demokraten bei der Präsidentenwahl aus. Ihre Spenden fließen an Obama. (...) Die Investoren wollen auf der Seite des Siegers stehen.»<sup>1</sup> Auch immer mehr der berühmtesten Hedgefonds wechseln ins Lager des «Hoffnungsträgers»: «Obama ist vielleicht nicht ausdrücklich für Hedgefonds,

aber die Manager wollen sicherstellen, dass er nicht gegen sie ist», mutmaßte eine auf die hochriskanten Anlageformen spezialisierte Finanzexpertin<sup>2</sup>. In den Vorwahlen hat der demokratische Präsidentschaftskandidat «oft und kräftig danebengehauen. So oft und so kräftig, dass sich viele schon wunderten, wie es ihm gelang, sich dabei nicht selbst aus dem Rennen zu werfen». Am peinlichsten war die Sache mit einem seiner ersten Wahlkampfspender: «Der Immobilienhai Antoin («Tony») Rezko» half Obama, «im feinen Viertel Hyde Park in Chicago eine Villa zu kaufen». Dummerweise «ist Rezko angeklagt, unter anderem wegen Geldwäsche und Bestechung, als Teil eines größeren Ermittlungsverfahrens gegen Korruption in der Stadtverwaltung». Der «Hoffnungsträger» hat von Rezko «rund eine Viertelmillion Dollar» erhalten, die er inzwischen schnell und «weitgehend» für «wohltätige Zwecke weiter spendete»<sup>3</sup>. Auch die Affäre um seinen Spitzenberater James A. Johnson, der sich offenbar im Zusammenhang mit der US-Hypothekenkrise mit ungewöhnlich zinsgünstigen Krediten persönlich bereichert hat und inzwischen zurücktrat<sup>4</sup>, hat Obama bisher nicht geschadet. «Verwirrend für viele Wähler sind die widersprüchlichen Erklärungen, die Obama zu den strittigsten Fragen der Außenpolitik abgab. Auf die allerschwierigste Frage des Augenblicks: «Wie geht es mit Iran weiter?», gibt Obama zweideutige Antworten. Vor liberalen Studenten gibt er sich als bewusster Pazifist.» Andernorts «erklärte er im Brustton tiefter Überzeugung jedoch, es gäbe keine Grenzen, den Iran an der Atomwaffenproduktion zu hindern».<sup>5</sup> Zunächst erklärte er, er werde «den Irak-Krieg beenden». Zudem hielt er fest, «mit tatsächlichen oder gefühlten Gegnern der USA – Iran, Syrien, Kuba und Venezuela – in Verhandlungen zu treten», und das «ohne Vorbedingungen». Nur kurz nach seinem Vorwahlsieg «kam der Schwenk». Obama und Clinton traten «auf dem Kongress der mächtigen Lobbygruppe *American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)* auf. Im Zentrum aller Reden stand der Iran. Und plötzlich sagte der Kandidat vor über 7000 Delegierten: «Die Gefahr aus dem Iran ist realistisch, und mein Ziel wird es sein, diese Gefahr zu eliminieren. (...) Ich werde alles in meiner Macht Stehende tun, um nukleare Waffen im Iran zu verhindern.» Wundern könnten sich auch viele Europäer: «Nur wenigen ist klar, dass eine Annäherung an den Sympathieträger Obama fast zwangsläufig eine Einbindung der EU-Armeen in die laufenden (und noch bevorstehenden) Kriegszüge Washingtons bedeuten wird.» Auf einer Berliner Veranstaltung redete ein SPD-Bundestagsabgeord-

neter Klartext: «Deutschland werde sich unter einem Präsidenten Obama auf ein Engagement in Irak einstellen müssen. Das wird der Preis für die gewünschte Annäherung an Washington sein.»<sup>6</sup>

### **An der Angel von Rupert Murdoch?**

Das allerdeutlichste Zeichen, was bevorstehen könnte, setzte aber ein anderer berüchtigter Multimilliardär: der «erkonservative», ja reaktionäre «australisch-amerikanische Medienzar» Rupert Murdoch. An einer Konferenz in Kalifornien wurde er gefragt, ob er eine Rolle beim Entscheid der *New York Post* gespielt habe, «den Präsidentschaftskandidaten Barack Obama zu unterstützen. Der Medienzar sagte kurz und bündig: «Yeah». Er sei zwar ein Freund von John McCain, aber dieser habe eine Menge Probleme. Er verstehe nicht viel von Ökonomie und sei unberechenbar»<sup>7</sup>. Die *New York Post* ist eine konservative Boulevardzeitung aus New York und die älteste Tageszeitung der USA. Ihre «Page six» ist ein Sprungbrett für viele VIP-Karrieren. Sie gehört zu den zehn größten Tageszeitungen der USA und hatte über lange Zeit eine liberale Ausrichtung. 1977 wurde sie von Murdoch gekauft und bald wie alle seine Blätter auf einen äußerst konservativen Kurs gebracht; an patriotische Instinkte appellieren ist gefragt. Einer der bekanntesten Redakteure ist John Podhoretz, der Sohn der Neokonservativen-Legende Norman Podhoretz; dieser (ein ehemaliger Trotzki!) gilt mit seinem großen Netzwerk als sehr einflussreich; er gibt sich überzeugt, «dass Präsident George W. Bush vor dem Ende seiner Amtszeit den Iran angreifen wird»<sup>8</sup> – wobei einzelne Beobachter meinen, dass dies bloß eine Warnung an den iranischen Präsidenten gewesen sei.

### **Die «Begattung zweier Stachelschweine»**

Die jetzige Kehrtwende von Rupert Murdoch erinnert an die vor elf Jahren in Großbritannien. Selbstverständlich hat der «Sozialistenfresser» immer die konservativen Tories unterstützt. Doch eines schönen Tages trauten die knapp zehn Millionen Leser der Londoner Boulevard-Tageszeitung *Sun* ihren Augen nicht, obwohl sie durchaus Einiges gewohnt sind: «Auf Seite drei legt das strohblonde Nacktmodell Melinda, 25, seinen mächtigen Busen bloß. Vis-à-vis auf Seite zwei enthüllt Labour-Führer Tony Blair, 43, auf fünf Spalten: «Ich bin ein britischer Patriot.»» Der Sozialdemokrat, der damals bei den Genossen auf dem Kontinent von SPD, SPÖ oder den französischen Sozialisten als Prototyp des erfolgreichen Machers einer modernen Sozialdemokratie hofiert und gefeiert wurde, stellte «im Stile eines rabiater antieuropäischen Politikers der Konservativen Partei (...) die weitere EU-Integration in Frage, indem er gegen den «europäischen Superstaat» wettete, und schloss mit dem pathetischen Bekenntnis: «Britan-

nien ist zum Führen geboren, nicht zum Folgen.»» Blairs «bislang heftigste Polemik gegen Europa muss beim Besitzer der auflagenstärksten britischen Postille», Rupert Murdoch, «gut angekommen sein. Die ideologische Anpassung ans eigene euroskeptische Weltbild in der *Sun* belohnte er jedenfalls gleich in der nächsten Ausgabe mit einer eindeutigen Wahlempfehlung. «The SUN backs Blair», prangte in über sieben Zentimeter hohen Lettern auf der Titelseite; daneben ein Bild des stets grinsenden Labour-Chefs.»<sup>9</sup> Was hier so überraschend tönt, war – von der Öffentlichkeit kaum bemerkt – über längere Zeit vorbereitet worden: Schon bald nach Blairs Machtübernahme bei Labour 1994 «war es zum ersten Treffen des Medientycoons mit dem Labour-Führer gekommen. Was Murdoch beim gemeinsamen Frühstück in dessen Londoner Residenz im Nobelstadtteil Mayfair sah und hörte, gefiel ihm – da saß offensichtlich einer, der dem furchtbaren Sozialismus längst abgeschworen hatte. Nächster Schritt der delikaten Annäherung, die der Presse-Mogul mit der «Begattung zweier Stachelschweine» verglich: 1995 reiste Blair auf Murdoch-Einladung um die Welt und legte auf der australischen Hayman-Insel vor den Topmanagern von Murdochs weltweiten Unternehmen Zeugnis über seine Polit-Pläne ab. Und wieder war keiner der Herren auch nur ein bisschen erschreckt.» Folge dieses Beschnuppens war auch, dass die spätere Blair-Regierung keine gesetzlichen Schranken gegen die ehrgeizigen Expansionsgelüste Murdochs im Vereinigten Königreich aufbaute, etwa durch lästige Medien-Kartellgesetze. «Blair fand einmal mehr freundliche Worte über die Geschäfte seines Sponsors: «Es geht nicht um die Frage, ob Murdoch zu mächtig ist.»»<sup>9</sup> Dabei wäre gerade das schon damals die Frage gewesen: «Rupert will die Welt beherrschen», sage einer seiner Konkurrenten «aus der illustren Schar von Medientycoons» – und das war nicht ironisch gemeint. «Im Global Village weltumspannender Fernsehnetze hat Murdoch, «die aggressivste Kraft des Medienzeitalters», inzwischen so viel Macht, dass demokratischen Politikern unbehaglich zumute sein müsste.» Gerade in Großbritannien. Dort nannte der Australier schon vor zehn Jahren «rund vierzig Prozent aller verkauften Zeitungen sein eigen. Sein Satelliten-TV BSkyB besitzt ein völlig unangefochtenes Marktmonopol.»<sup>10</sup>

### **Von wem Tony Blair abhängig war**

Auch andere beobachteten «die enge Beziehung zwischen Blair und Murdochs Medienkonzern. Sie arbeiten in einer Weise Hand in Hand, die zu jeder anderen Zeit einen politischen Skandal bis hin zum Sturz der Regierung hervorgeufen hätte.» Murdoch «sprach auf einem Seminar in New York, das der frühere US-Präsident Bill Clinton ausrichtete. Dessen Clinton Global Initiative ist ein Forum, das angebe-

lich der Diskussion von Konzernchefs über ihren Beitrag zur Lösung der Weltprobleme dient.» Das «Weltproblem» des Medienzars: wie er sein Imperium und seine Macht ausdehnen könnte... Dazu plauderte er aus dem Nähkästchen über ein Gespräch mit Tony Blair, den er kurz zuvor in New York getroffen habe und der dabei feststellte, «auf der ganzen Welt seien die Menschen neidisch auf die USA, und der Antiamerikanismus sei in ganz Europa verbreitet». Die Tatsache, dass diese Konversation überhaupt stattfand, ist an sich bemerkenswert. «Blair vertraut Murdoch, weil seine Regierung politisch von ihm abhängig ist. Er teilt nicht nur Murdochs rechte Auffassungen über Wirtschaft und Soziales, sondern er glaubt auch, er hätte es nie geschafft, Premierminister zu werden, wenn es ihm nicht gelungen wäre, die britischen Blätter» des Australiers «zu seiner Unterstützung zu gewinnen. Umgekehrt ist Blair nur allzu gern bereit, Maßnahmen durchzuführen, die Murdoch gutheißt, und sogar die offizielle Politik der Regierung danach auszurichten, was für den Medienmogul akzeptabel ist.» Die Tagebücher des ehemaligen Labour-Beraters Lance Price kamen Blair «sehr ungelegen». Denn darin steht der ominöse Satz: «Wir gaben News International [Murdochs britischer Tochtergesellschaft. B. B.] das Versprechen, keine Änderungen an unserer Europapolitik vorzunehmen, ohne uns vorher mit ihm abzusprechen.»<sup>11</sup>

Der Australier Rupert Murdoch wurde 1986 US-Staatsbürger – eine Voraussetzung, dass er das US-amerikanische TV-Network *Fox Television* ins Leben rufen konnte. Ein weiteres Herzstück dieses Medienimperiums ist das Hollywood-Film Studio 20th Century Fox; weltweit gehören auch 175 Zeitungen dazu und sogar eine Baseball-Mannschaft (Los Angeles Dodgers). Jüngste Erwerbung ist der Verlag Dow Jones mit dem berühmten *Wall Street Journal*. Unter besonderen Beschuss kam Murdochs Medienmacht durch den Fox- und Murdoch-kritischen Skandalfilm «outfoxed», in dem unter anderem ein Ex-Fox-News-Mitarbeiter aufgedeckt hat, dass der Fox-News-Redaktion täglich ein Memo der Senderleitung gereicht wird, das die Themen enthält, die an diesem Tag behandelt werden sollen.<sup>12</sup> Kritiker stellen fest, dass der Journalismus des Murdoch-Imperiums parteiisch und unsachlich sei und dass die Bush-Regierung propagandistisch gepusht und Neuigkeiten über beispielsweise den Irakkrieg manipuliert werden.

Blair und Murdoch: Wenn dieses Beispiel bei Obama Schule macht, können wir uns auf allerhand gefasst machen. Nun, Tony Blair ist inzwischen zurückgetreten – auch wenn er politisch durchaus noch im Hintergrund wirkt. Aber auch er wird – wie Bush – als Kriegsverbrecher in die Geschichte eingehen – nicht nur nach dem Motto: «mitgegangen, mitgehangen».

### Antrag zur Amtsenthebung von Bush und Cheney

Geschichte? George W. Bush wird möglicherweise schon vorher eingeholt. Am 9. Juni hat der demokratische Abgeordnete Dennis Kucinich aus dem Bundesstaat Ohio vor dem Repräsentantenhaus in einem Marathon von annähernd fünf Stunden mit 35 Anklagepunkten ausgeführt, «warum der Kongress den amtierenden Präsidenten der USA, George W. Bush, umgehend seines Amtes entheben solle». Und da die US-Verfassung vorsieht, dass ein derart schwerwiegender Antrag den Abgeordneten zweimal zu Gehör gebracht werden muss, las in der darauf folgenden Nacht ein einfacher Beamter des Hohen Hauses die Kucinich-EntschlieÙung noch einmal vor. Die Verfassung der USA sieht bei schweren Verstößen gegen die Verfassung die Amtsenthebung vor. Das Repräsentantenhaus muss mehrheitlich dieses Impeachment beschließen. Wird dann im Oberhaus, im Senat, der Amtsenthebung zugestimmt, ist der Amtsinhaber seinen Posten mit sofortiger Wirkung los. Damit entfällt auch seine Immunität, und er kann zivil- und strafrechtlich verfolgt werden wie jeder andere Bürger auch. Allerdings wurde noch nie ein US-Präsident so schwerer Vergehen angeklagt wie jetzt George W. Bush von Kucinich: «Die Regierung Bush habe lange vorher von den Plänen für die Attacken vom 11. September 2001 durch Dossiers von Geheimdiensten gewusst. Die Administration habe diese Attacken – quasi wohlwollend – auf New York und Washington zukommen sehen, um in der nachfolgenden Verstörung der Bevölkerung einen idealen Nährboden für völkerrechtswidrige und ungerechtfertigte Angriffskriege gegen souveräne Staaten vorzufinden. Für den schon lange geplanten Angriffskrieg gegen den Irak habe die Bush-Regierung eine auf Fälschungen beruhende Verbindung zwischen Al Qaida und Saddam Hussein konstruiert. Auch die Behauptung, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen und stelle eine unmittelbare Bedrohung für die Sicherheit der USA dar, beruhe auf bewusst fabrizierten Fälschungen. Völkerrechtswidrige Kriegsführung im Irak. (...) Folter und Entführungen von unschuldigen Zivilisten durch private und staatliche Organe der USA. Irreführung von Kongress und Bevölkerung über Bedrohungspotenziale, die von Iran ausgehen würden. Vorbereitung eines Putsches gegen die iranische Regierung. Rechtswidrige Bespitzelung der eigenen Bevölkerung. Manipulation von Wahlen.»<sup>13</sup> Undsoweiter, undsofort.

Es ist wohl bemerkenswert, dass jetzt im Kongress ungezügelt gesagt werden darf, der amtierende Präsident bediene sich «verbrecherischer» Methoden. Der demokratische Abgeordnete Robert Wexler aus Florida unterstützte seinen Kollegen Kucinich: «Eine Entscheidung des Kongresses, die Amtsenthebung zu betreiben, ist nicht nur eine Möglichkeit. Unser Eid verpflichtet uns dazu.» Das Repräsentantenhaus beschloss ohne jede Debatte mit 251 zu 166 Stim-